

PRESSEMITTEILUNG

01. Mai – Wer vom Tag der Arbeit spricht, darf von Migrantinnen nicht schweigen

Berlin, 01.05.22 – Unter dem Motto „GeMAInsam Zukunft gestalten“ des Deutschen Gewerkschaftsbunds wird in diesem Jahr der Internationale Kampftag der Arbeiter*innenklasse begangen, um für die Rechte aller Arbeitnehmenden zu demonstrieren und auf gesellschaftliche Missstände und systemische Ungerechtigkeiten hinzuweisen.

Angesichts der Corona-Pandemie und dem Angriffskrieg auf die Ukraine stellt sich aber die Frage: Um wessen Zukunft geht es hier? Die Arbeitsbedingungen geflüchteter und migrierter Frauen finden am 01. Mai traditionell wenig Raum, auch wenn sich seit 2021 in Berlin ein internationalistisches Bündnis um die Organisation der 1. Mai Demonstration kümmert und die Diskriminierung migrantischer Menschen in den Fokus rückt. Für DaMigra bedeutet der 01. Mai: Solidarität und Anerkennung für die Arbeiterinnen, die geflüchtet oder migriert sind, sowie für jene, die seit über zwei Jahren unser Gesundheitssystem vor dem Zusammenbruch bewahren!

Wenn am 1. Mai für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und für die Einhaltung der Rechte aller Arbeitnehmenden protestiert wird, geht in diesen Forderungen oft unter, dass Migrant*innen auf dem Arbeitsmarkt von einer Mehrfachdiskriminierung betroffen sind, die sich vor allem durch den erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt, Diskriminierungen, schlechte Bezahlung und prekäre Arbeitsverhältnisse zeigt. Bereits 2018 zeigte eine Studie der OECD von 2018, dass Zuwander*innen kaum Zugang zu qualifizierten Jobs oder dem öffentlichen Dienst haben – also zu besser bezahlten Jobs.

Hinzu kommen viele rechtliche Hürden wie die Wohnsitzauflage oder die Residenzpflicht, der viele Geflüchtete unterliegen, die diese in ihrer Mobilität behindern, Jobs zu finden, ein Studium oder eine Ausbildung aufzunehmen. Studien zufolge sind es viele geflüchtete Frauen, die keine Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse beantragen, da sich die Anerkennung nur für höhere Abschlüsse zu lohnen scheint¹. Diese Hürden sind neben Diskriminierung in Bewerbungsverfahren ein Grund dafür, dass fast jede dritte erwerbstätige Migrantin in einem Job arbeitet, der nur geringe Qualifikationen erfordert. Zugewanderte Frauen sind häufiger überqualifiziert und arbeiten noch öfter in Teilzeit als in Deutschland geborene Frauen². Geflüchteten Frauen wird zudem der Zugang zu Integrations- und Sprachkursen wegen fehlender Kinderbetreuungsangebote oft erschwert³.

„Am Tag der Arbeit muss klar werden: Sorgearbeit, ob bezahlt oder unbezahlt, ist Arbeit! Es ist endlich an der Zeit, Fürsorge- und Erziehungstätigkeiten gerecht zu verteilen und angemessen zu entlohnen – durch Wertschätzung, verbesserte Arbeitsbedingungen und materielle Honorierung“, so Lourdes Martinez, Vorstandsvorsitzende von DaMigra e.V..

Mit der Ankunft Geflüchteter aus der Ukraine wurde deutlich, dass es in Deutschland möglich ist Geflüchteten schnelle Zugänge und barrierearme Teilhabe an Bildung und Arbeitsmarkt zu ermöglichen, wenn der politische Wille vorhanden ist. Wir lehnen den hierbei offen zur Schau tretenden Doppelstandard bei der herkunftsabhängigen Behandlung geflüchteter Menschen ab und fordern politische Maßnahmen, die Bedingungen schaffen, in denen alle geflüchteten und migrierten Menschen gleichberechtigt leben und arbeiten können.

¹ [Publikationendetails Forschungsbericht | IAB](#)

[Publikationendetails Kurzbericht | IAB](#)

² [Publikationendetails Kurzbericht | IAB](#)

³ [Wie steht es um die Teilhabe geflüchteter Frauen an Erwerbsarbeit? \(fes.de\)](#)



DaMigra e.V. ist die Interessenvertretung von Migrantinnenselbstorganisationen und ihren Belangen und setzt sich für Chancengerechtigkeit, gleichberechtigte Teilhabe und für die Gleichstellung von Frauen mit Migrationsgeschichte und Fluchterfahrung in Deutschland ein. DaMigra verfolgt den Ansatz des Antirassistischen Feminismus.

Pressekontakt:

Fabiana Blasco | Pressereferentin Ost-Süd (sie/ihr)

blasco@damigra.de